

Chart of the Week

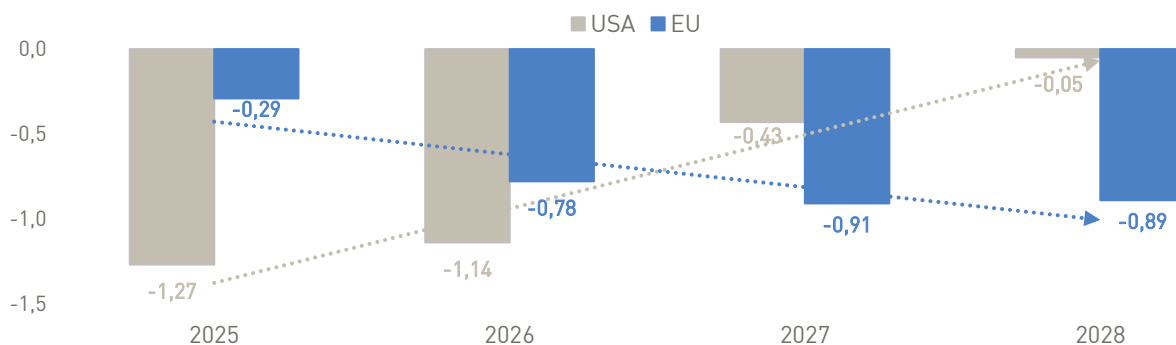
Die Kosten eines Handelskonflikts zwischen EU und USA

Donald Trump steht vor seiner zweiten Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten. Im Wahlkampf hat er unter anderem umfangreiche Zollerhöhungen – auch gegenüber der EU – angekündigt. Sollten diese tatsächlich eingeführt werden, hat die EU bereits signalisiert, dass sie im Gegenzug ebenfalls mit Zollanhebungen auf US-Einfuhren im selben Ausmaß reagieren würde. Zollkonflikte führen am Ende des Tages zu Einschränkungen des internationalen Handels, die sowohl der US-Wirtschaft als auch der europäischen schaden würden. Mittelfristig würde es die EU sogar stärker treffen.

EU mittelfristig mit -0,9 % des BIP deutlich stärker von Zollerhöhungen betroffen als USA

Auswirkungen von US-Zollerhöhungen und entsprechenden EU-Gegenmaßnahmen auf US-Importe

Abweichungen des BIP für das jeweilige Jahr im Vergleich zum Basisszenario in Prozent



Anmerkung: Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Simulation: Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe von Handelspartner (außer China) auf 10 % und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 %. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 %.
Quelle: IW Köln (2024).

Das IW Köln simuliert die BIP-Effekte möglicher Zollerhöhungen in den nächsten 4 Jahren: Dafür nehmen die Ökonomen u.a. an, dass die USA im kommenden Jahr die Zölle auf chinesische Importe und auf die restlichen Einfuhren auf 60 % bzw. 10 % anheben und die EU daraufhin mit einer Erhöhung der Zölle auf US-Importe im selben Ausmaß (10 %) kontert. Die USA würden in einer solchen Situation 2025 – relativ zum Basisszenario – einen BIP-Verlust von -1,27 % erleiden, welcher bis 2028 (-0,05 %) kontinuierlich geringer wird. Demgegenüber würden sich die negativen Wirtschaftswachstumseffekte in der EU von -0,29 % (2025) auf -0,89 % (2028) verstärken. Hauptgrund dieser Entwicklung ist, dass laut Simulation in Europa die negativen Auswirkungen der 2025 eingeführten protektionistischen Handelspolitik auf die Nettoexporte und die privaten Investitionen über den Betrachtungszeitraum bestehen bleiben. In den USA dagegen tritt eine Erholungsphase ein, da die US-Einfuhren stärker zurückgehen als die US-Ausfuhren, was – verglichen mit dem Basisszenario – einen (zunehmend) positiven Einfluss auf die US-Handelsbilanz hat. Die kumulierten BIP-Verluste in der EU über den betrachteten 4-Jahres-Zeitraum würden sich auf rund 2,9 % des BIP oder 420 Mrd. Euro belaufen.

FAZIT: Die zweite Amtsperiode von Donald Trump könnte durch eine deutlich restriktivere US-Handelspolitik erhebliche Herausforderungen für den globalen Freihandel mit sich bringen. Aufgrund der starken Exponiertheit der offenen EU-Wirtschaft gegenüber der US-Zollpolitik, ist es im europäischen Interesse, weiterhin alles daran zu setzen, zusammen mit der amerikanischen Regierung zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen. Gleichzeitig ist es richtig, dass sich die EU im Sinne einer in geopolitischer Hinsicht robusteren Handelspolitik adäquat auf ein unilaterales Vorgehen der USA vorbereitet. Auch jenseits der transatlantischen Beziehungen ist es mehr denn je geboten, sich für einen offenen und regelbasierten internationalen Handel einzusetzen und eigene Abhängigkeiten durch Diversifizierungsstrategien zu reduzieren.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Webseite!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chfredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Christoph Schmid,
christoph.schmid@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 4924
12. November 2024